



Zeitung der Basisorganisation DIE LINKE Schwedt

DIE LINKE.

Nr. 03/2022

Wertebasierte Außenpolitik ist nur glaubwürdig, wenn diese Werte Grundlage für alle Beziehungen sind

Rede von Gregor Gysi, 01. Juni 2022

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, das Auswärtige Amt könnte umbenannt werden in ein Aufrüstungs-, Waffenexport- und Sanktionsministerium.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD – Ulrich Lechte [FDP]: So ein Quatsch! – Zuruf der Abg. Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Denn all das geht ja von dieser Politik aus.

Ich verstehe auch nicht, dass sich die CDU/CSU immer mit der Bundesverteidigungsministerin Lam-brecht auseinandersetzt. In Wirklichkeit macht das doch die Bundesaußenministerin Baerbock. Also, da müssen Sie die Adressatin der Auseinandersetzung wechseln.

(Beifall bei der LINKEN)

Was haben denn die Sanktionen gegen China und Russland gebracht? Das Ziel war ja: China soll die Uiguren anständig behandeln. Machen sie es? Nein. Russland sollte mit dem Krieg aufhören. Geschieht es? Nein.

(Zuruf des Abg. Dr. Johann David Wadephul [CDU/CSU])

Vielleicht sollte man mal wechseln von der Sanktionspolitik hin zu Angeboten. Man könnte doch China auch sagen: Wenn ihr die Menschenrechte gegenüber den Uiguren achtet, bekommt ihr erstens, zweitens, drittens. Warum immer nur in Form von Sanktionen denken und nicht mal umgekehrt herangehen, um mit Angeboten wirklich weiterzukommen?

(Beifall bei der LINKEN)

Aus dem Inhalt:

Rede von G. Gysi im Bundestag	S.1
zur wertebasierten Außenpolitik	S.2
mit Kommentaren/Zurufen	S.3
Aufrüstung wichtiger als ...	S.4
Zum Internationalen Kindertag	S.5
Übergewinnsteuer für ...	S.6
Aus dem Mitgliederleben	S.7
Termine/Arbeitsplan, Geburtstage	S.8

Die Politik lebt von Glaubwürdigkeit, lebt davon, dass sie in allen Situationen und an alle Staaten den gleichen Maßstab anlegt. Die Außenpolitik dieser Bundesregierung ist davon aber weit entfernt. Die Werte, die Sie verteidigen und für die Sie auch Waffengewalt einzusetzen bereit sind, gelten offenbar nicht für alle Staaten.

Es ist keine Frage, dass Menschenrechte, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat verteidigt werden müssen und dass die Ukraine alles Völkerrecht auf ihrer Seite hat, ihre territoriale Integrität gegen den Aggressor Russland zu verteidigen. Doch eines bleibt unabdingbar: Die Entscheidung, wie dieser Krieg geführt und vor allem, wie er beendet wird, liegt zuallererst bei den Kriegsparteien, und niemand hat das Recht, der Ukraine vorzuschreiben oder sie anzutreiben, diesen Krieg bis zu einem bitteren Ende hin zu einer militärischen Entscheidung zu führen. Und das taten Sie, Frau Bundesministerin Baerbock, als Sie sagten, der Krieg sei erst beendet, wenn der letzte russische Soldat das ukrainische Staatsgebiet verlassen habe.

(Frank Schwabe [SPD]: Da haben Sie aber die ukrainische Position nicht verinnerlicht, Herr Kollege Gysi!)

Wenn die Ukraine aber auf einen Kompromiss eingehen sollte, haben Sie, haben wir das zu respektieren.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD)

Wir haben zu der Frage, ob Deutschland mit seiner Geschichte Waffen an die Ukraine liefern sollte, unterschiedliche Positionen. Die gibt es aber offenbar auch in der Koalition. Ich bleibe dabei: Deutschlands Schuld und Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg und das Menschheitsverbrechen des Holocaust

(Zuruf der Abg. Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

hätte es uns ein für alle Mal verbieten müssen, dass deutsche Unternehmen an Waffenexporten jemals wieder etwas verdienen, auch der Staat nicht. (Beifall bei der LINKEN)

Deutschland ist aber der fünftgrößte Waffenexporteur der Welt. Wer so viele Waffen exportiert, exportiert auch Krieg und macht eben mit Kriegen Gewinne. Wenn Jürgen Habermas und andere gegenwärtig zur Besonnenheit aufrufen – was ihr gutes Recht ist, – werden sie beschimpft.

Sie, Frau Bundesministerin, haben in Bezug auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine die Befürchtung geäußert, dass unsere Bevölkerung – ich zitiere Sie wörtlich – „kriegsmüde“ wird. Was wäre denn die Alternative? Soll die deutsche Bevölkerung etwa kriegsbegeistert werden? Ausgerechnet Sie, die oberste deutsche Diplomatin, wollen in Deutschland also die Akzeptanz dafür steigern, dass Konflikte kriegerisch gelöst werden.

(Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Das wird immer rabulistischer!)

Anmerkung der Redaktion: Rabulist ist Jemand, der in geschickter Weise beredt, spitzfindig argumentiert).

Dazu möchte ich Karl Kraus zitieren. Der sagte:

"Kriegsmüde – das ist das dümmste von allen Worten, die die Zeit hat. Kriegsmüde sein das heißt müde sein des Mordes, müde des Raubes, müde der Lüge, müde der Dummheit, müde des Hungers, müde der Krankheit, müde des Schmutzes, müde des Chaos. War man je zu all dem frisch und munter?"

Ich sage Ihnen: Die Mehrheit unserer Bevölkerung ist friedliebend und deshalb immer kriegsmüde. (Beifall bei der LINKEN und der AfD)

Sie bestrafen nicht nur die russische Führung, sondern auch die russische Bevölkerung, die den Krieg nicht beschlossen hat.

(Zuruf des Abg. Alexander Graf Lambsdorff [FDP])

Und große Teile unserer Bevölkerung sind es leid, dass sie mit Energie- und Lebensmittelpreisen die Milliardenkonsequenzen des Krieges tragen sollen,

(Zuruf der Abg. Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

während Sie bei dem Einfrieren von Oligarchenvermögen weit hinter anderen Staaten hinterherhinken

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Richtig! Das ist die Wahrheit!)

und im Unterschied zu Italien, Spanien, Griechenland und sogar einer entsprechenden Planung in Großbritannien keine Übergewinnsteuer für die Kriegsgewinnkonzerne, für die Kriegsgewinnler in Deutschland erheben wollen.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf: Genau!)

Die sollen reicher und reicher werden, aber dafür keinen Euro zusätzlich bezahlen müssen. Ich weiß, dass die FDP dahintersteckt.

(Ulrich Lechte [FDP]: Ja, klar! Bestimmt! – Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Die Marktwirtschaft!)

Das hat mit Liberalität nichts zu tun, gar nichts.

(Beifall bei der LINKEN)

Und nun zur Ungleichbehandlung. Das Vorgehen des türkischen Präsidenten gegen die Kurdinnen und Kurden ist anzuprangern. Man hört von Ihnen dazu so gut wie nichts. Und nichts macht die Unglaublichkeit deutlicher als dieses Schweigen. Erdogan bombt gegen jene kurdischen Einheiten in Syrien und im Irak, die am Boden den entscheidenden Kampf gegen den sogenannten „Islamischen Staat“ geführt haben. Und Sie schauen zu und liefern an die Türkei Waffen, obwohl das Ganze auch noch völkerrechtswidrig ist?

(Zuruf des Abg. Ulrich Lechte [FDP])

Nun verlangt er auch noch für seine Zustimmung zum NATO-Beitritt,

(Michael Brand [Fulda] [CDU/CSU]: Wie war das mit Milosevic?)

F-16-Bomber und dass die Kurdinnen und Kurden weltweit schlechter behandelt werden. Ich befürchte, dass er beides erreicht.

Ja, dann komme ich zum Schluss. – Der gravierendste Fehler ist, dass Ihnen keine Ordnung für Frieden und Sicherheit für die Zukunft vorschwebt: Wie können wir denn zu Deeskalation zurückkehren, zu Interessenausgleich – es gibt auch ein Interesse des Gegenübers –, zu sehr viel mehr Diplomatie und zur strikten Wahrung des Völkerrechts durch alle Seiten?

(Beifall bei der LINKEN – Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist kein legitimes Interesse.

Aufrüstung ist wichtiger als Kampf gegen Kinderarmut?



Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ja, diese Haushaltswoche zeigt ganz gut die Prioritätensetzung dieser Ampelregierung. In wenigen Wochen haben Sie sich mit der Union auf ein 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen – genauer gesagt: Sonderschulden – für die Bundeswehr geeinigt.

Dazu soll jetzt das Grundgesetz geändert werden, das heißt, Aufrüstung soll in diesem Land Verfassungsrang bekommen. Ich will nur darauf hinweisen, dass der Verteidigungshaushalt schon seit 2014 um insgesamt 40 Prozent erhöht wurde.

Die Linke wird dieses Sondervermögen, dieses 100-Milliarden-Euro-Paket, und auch das 2-Prozent-Aufrüstungsziel ablehnen. Wir werden dagegen stimmen.

Denn Aufrüstung macht diese Welt nicht friedlicher.

Was könnte man mit diesen 100 Milliarden Euro alles Sinnvolles tun? Man könnte zum Beispiel alle Schulen in der Bundesrepublik sanieren – Sie wissen auch, dass es viele dringend nötig haben oder Investitionen in den Klimaschutz, in die Verkehrswende tätigen. Dafür bräuchten wir doch dreistellige Milliardenprogramme.

Was tun Sie denn, meine Damen und Herren, gegen die wachsende soziale Ungleichheit in diesem Land? Die versprochene Kindergrundsicherung findet sich nicht im Haushalt; ist verschoben auf 2024. Das heißt, Sie haben den Kampf gegen Kinderarmut um zwei Jahre verschoben.

Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Was gibt es denn Dringenderes, als Kinder und Familien aus der Armut zu holen?

In einer Zeit, in der viele Familien überhaupt nicht mehr wissen, wie sie ihre Wocheneinkäufe bezahlen sollen, in der viele nicht wissen, wie sie die Gasrechnung bezahlen sollen oder die immer weiter steigenden Mieten, ist es doch dringend notwendig, Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen zu entlasten.

Wo sind denn die Milliarden für die Pflege? Was wurde den Pflegekräften in der Coronakrise versprochen? Dass es Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen geben soll. Wo sind die Milliarden dafür eingestellt?

Wir sagen ganz klar: Auch in dieser Krise werden eben nicht alle ärmer. Es gibt einige, die an dieser Krise sehr gut verdienen. Das sind die Krisengewinnler. Deswegen ist es dringend notwendig, diese exorbitant hohen Gewinne endlich vernünftig zu besteuern, hohe Einkommen und hohe Vermögen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzuziehen. Aber das Thema Umverteilung ist bei diesem Finanzminister und dieser Bundesregierung leider eine Leerstelle.

Zum Internationalen Kindertag

Auf Vorschlag der Internationalen Frauenförderung wird am 1. Juni seit 1950 in vielen mittel- und osteuropäischen Ländern dieser Tag als Internationaler Kindertag begangen.

Gleichzeitig möchte ich ein weiteres Ereignis hervorheben: Im November dieses Jahres wird der 33. Jahrestag der Verabschiedung der UN-Konvention über die Rechte der Kinder begangen. Seit 1992 ist diese in Deutschland in Kraft.

Kinderrechte sind Menschenrechte. Sie beinhalten u. a. das Recht auf

Gleichheit, alle Kinder haben die gleichen Rechte ...
 Gesundheit ...
 Bildung ...
 Spiel und Freizeit ...
 Schutz vor Gewalt und gewaltfreie Erziehung ...
 Zugang zu den Medien ...
 Schutz vor Privatsphäre und Würde ...
 Freie Meinungsäußerung und Beteiligung ...
 Schutz vor Krieg und auf der Flucht



30 Jahre Kinderrechte; vielen Kindern in Deutschland geht es gut – aber längst nicht allen von ihnen. Noch immer haben nicht alle Kinder die gleichen Chancen, ihre Rechte zu verwirklichen. Es besteht die Tendenz, dass die Schere weiter auseinander geht. Zu viele Kinder leiden auch heute unter Gewalt in der Familie und ihrem nahen Umfeld, und wissen nicht, wo sie Hilfe bekommen. Mobbing ist dabei eine sehr Ernst zu nehmende Gewalterfahrung. Unser Bildungssystem sollte deutlicher inklusiver und nicht diskriminierend gestaltet werden.

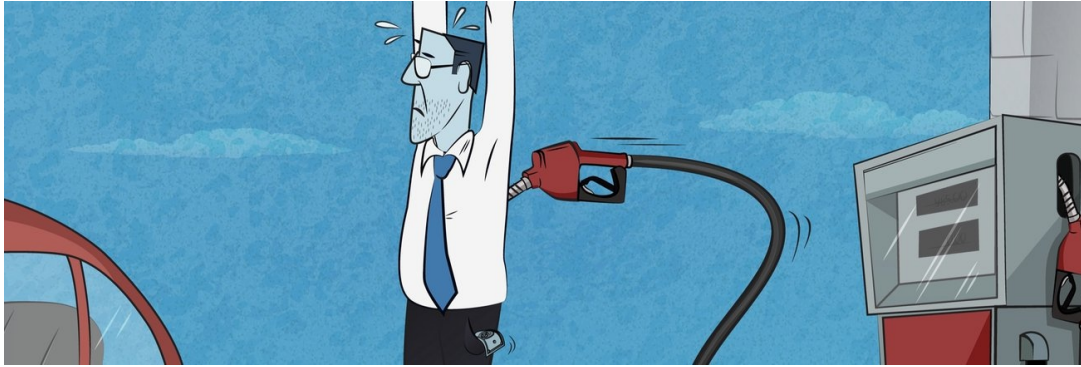
UNICEF stellte im Frühjahr 2021 für Deutschland fest: Die Covid-19-Pandemie hat gravierende Konsequenzen für das kindliche Wohlbefinden. Schon vor der Pandemie war Deutschland bei der Zufriedenheit der Kinder nur Mittelmaß. Bei weniger privilegierten Kindern, bei Kindern mit einer Einwanderungsgeschichte oder Mobbing Erfahrungen war die Lebenszufriedenheit geringer als der Durchschnitt.

Besonders schwerwiegend wirken sich Kinderarmut, ungleiche Bildungschancen und die Erfahrung von Diskriminierung auf die Lebenssituation und das Wohlbefinden aus.

UNICEF hebt hervor: schwere Kinderrechtsverletzungen und sexuelle Ausbeutung dürfen nicht länger hingenommen werden. Das Wohlergehen von Kindern muss endlich zum Maßstab für sozialen Fortschritt und Zukunftsfähigkeit eines Landes gemacht werden.

Die UN-Kinderrechtskonvention gilt in Deutschland seit 1992, verbindlich im Rang eines einfachen Bundesgesetzes. Aber eine strukturelle Verankerung der Kinderrechte in das Grundgesetz, in unsere höchste Werteordnung, ist notwendig und weitaus effektiver:

Für unsere Kinder und Jugendlichen,
 für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands.



Übergewinnsteuer für Kriegsgewinnler!

Gewinnsprünge von über 200 Prozent im Vergleich zum Vorjahr: Die Mineralölkonzerne machen im I. Quartal 2022 richtig fett Kasse. Die Internationale Energieagentur (IEA) rechnet damit, dass die hohen Energiepreise in diesem Jahr bis zu 200 Milliarden Euro zusätzlich in die Kassen der Energieanbieter spülen könnten.

"Während auf Millionen Menschen und Unternehmen immer höhere Energiepreise lasten, machen Mineralölkonzerne obszöne Profite: 200 Milliarden Euro zusätzlich (!) schätzt die International Energy Agency (IEA). Eine Übergewinnsteuer in Deutschland ist überfällig. Die konservativen (!) Regierungen in Griechenland (90%) und Italien (10%) machen es vor", appelliert Dietmar Bartsch an die Bundesregierung, rasch zu handeln.

In der Ampel herrscht weiter Uneinigkeit über eine Übergewinnsteuer. Habeck sagt ja, Lindner nein und Scholz weiß nicht. Die Linksfraktion hat bereits einen Antrag eingebracht, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, "einen Gesetzentwurf vorzulegen, um eine Übergewinnsteuer, wie von der EU angeregt, einzuführen, die Unternehmen, die in der Krise Extraprofite erwirtschaftet haben, angemessen an den gesellschaftlichen Kosten der Krise beteiligt".

Auch Christian Görke erinnert die Regierungskoalition an Italien, wo Ministerpräsident Mario Draghi die Übergewinnsteuer auf Krisengewinne von Energieunternehmen von 10 auf 25 Prozent erhöhen will: "Während die Grünen unterschiedliche Vorschläge machen und Olaf Scholz schon bei der Kanzlerbefragung Anfang April abgeblockt hat, schafft Draghi Tatsachen. Die angebliche Fortschrittskoalition wird vom konservativ geführten Italien in den Schatten gestellt. Während Minister Habeck die Steuer lediglich auf Krisengewinne von Energieunternehmen beschränken will, schlägt Grünen-Chefin Ricarda Lang eine Steuer für alle kriegsbedingten Übergewinne vor. Das wäre nur konsequent!

Wir finden, dass alle Großkonzerne besteuert werden sollten, die außerordentliche Gewinne in Krisen machen - von Amazon über Shell bis zu Rheinmetall. Wir haben das schon letzten Sommer im Bundestag eingebracht, da haben sich die Grünen noch enthalten."

Aus dem Mitgliederleben

Nach langer Corona-Pause haben wir unser Mitgliederleben wieder aufgenommen. Dabei war der Mai 2022 voll mit Terminen, wie unsere Bildergalerie zeigt. Nach 3 Jahren konnten wir wieder unseren 1. Mai feiern. Am 8. Mai wurde die Kranzniederlegung zum 77. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus und Beendigung des 2. Weltkrieges am Ehrenmal auf Grund des Ukraine-Krieges als stille Veranstaltung durchgeführt. Am 14. Mai waren - verspätet durch die Corona-Beschränkungen - unsere Vorstandswahlen der Basissorganisation Schwedt organisiert worden. Gewählt wurden in den Vorstand Irmtraut Giel als Vorsitzende sowie Doris Meyner und Marvin Schulz. Bestätigt wurden Detlef Klemer als Verantwortlicher für die Geschäftsstelle und Manfred Giel als Verantwortlicher für Finanzen. Am 23. Mai war die Eröffnung der Plakataktion der Landtagsfraktion die LINKEN zum Thema PCK Schwedt. Am 28. Mai war eine Kreismitgliederversammlung einberufen worden.

Irmtraut Giel



1. Mai 2022 bei Fischer Zahn



8. Mai 2022 bei der stillen Kranzniederlegung



Plakataktion der Landtagsfraktion der LINKEN in Schwedt am 23. Mai 2022



Unsere Vorsitzende Anne-Frieda Reineke beim Vortragen des Rechenschaftsberichtes des Kreisvorstandes am 28. Mai 2022

Termine/Arbeitsplan Basisorganisation Schwedt/Fraktion SVV

13.06.2022	Vorstandssitzung KV Uckermark	18:30 Uhr Prenzlau
20.06.2022	Fraktionssitzung	17:00 Uhr Fraktionraum R 207
22.06.2022	SVV Schwedt	16:00 Uhr ubs
07.07.2022	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:00 Uhr Geschäftsstelle Schwedt
11.08.2022	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:00 Uhr Geschäftsstelle Schwedt
15.08.2022	Fraktionssitzung	17:00 Uhr Fraktionraum R 207
01.09.2022	Kranzniederlegung zum Weltfriedenstag	Zeit wird noch festgelegt
05.09.2022	Fraktionssitzung	17:00 Uhr Fraktionsraum R 207
07.09.2022	SVV Schwedt	16:00 Uhr ubs
09.09.2022	Eröffnung der Ausstellung R. Paulicks	Ort und Zeit wird noch angegeben

HerzHerzlichen Glückwunsch zum Jubiläum!

25.08.2022 Renate Meile zum 70. Geburtstag



Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

19.08.2022	Ilse Nickel	zum 79. Geburtstag
19.08.2022	Ingeborg Zerbe	zum 69. Geburtstag
25.08.2022	Bernd Meyner	zum 74. Geburtstag
26.08.2022	Monika Gohl	zum 74. Geburtstag
28.08.2022	Sebastian Woitschach	zum 32. Geburtstag
05.09.2022	Jürgen Franz	zum 87. Geburtstag
05.09.2022	Christa Dannehl	zum 81. Geburtstag

Vom 17. bis 19. Juni 2022 werden aus ganz Deutschland linke Kommunalpolitiker*innen in Rathenow zusammenkommen um wichtige Themen zu besprechen, sich weiterzubilden und besser zu vernetzen. Freut Euch auf viele spannende Workshops zu Storytelling, Kommunalfinzen oder Bürgerbeteiligung. Darüber hinaus wird es um wichtige, aktuellen Themen wie Migration, Klima oder Städtepartnerschaften mit Osteuropa gehen. Organisiert wird diese Konferenz gemeinsam von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, dem Kommunalpolitischen Forum Brandenburg, der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg, der Fraktion DIE LINKE. in der Stadtverordnetenversammlung Rathenow und der BAG Kommunalpolitik. Anmeldung erforderlich.

KoppHoch erscheint alle zwei Monate. Wir freuen uns über jeden neuen Abonnenten, der die Herausgabe mit einer Jahresspende von mindestens 3,00 € unterstützt. Redaktionsschluss der Ausgabe 04-2022: 10.08.2022

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE
Basisorganisation Schwedt

V.i.S.d.P.:

I. Giel

Redaktion:

M. Gohl, I. Giel, T. Andres

Gestaltung:

M.+I. Giel

Vertrieb:

Geschäftsstelle der Partei
DIE LINKE Schwedt

Sprechzeiten

Geschäftsstelle

Auguststraße 2, Zi. 208
mind. 1x wöchentlich oder nach
Bedarf bzw. Telefon 415810

Finanzen:

27.06.2022, 10 bis 12 Uhr
01.08.2022, 10 bis 12 Uhr
29.08.2022, 10 bis 12 Uhr
27.09.2022, 10 bis 12 Uhr (diens-
tags!)

Kontakt und Adressen

DIE LINKE

Basisorganisation Schwedt/Oder
Auguststraße 2, 16303 Schwedt
e-mail:

schwedt@dielinke-uckermark.de

Tel.: (03332) 31928

Webseite:

www.dielinke-uckermark.de